



Hartmannbund Nordrhein fordert kompletten Neustart des eGK-Projekts

Die Delegiertenversammlung des Hartmannbund-Landesverbandes Nordrhein lehnt die Einführung der Gesundheitskarte in der derzeit geplanten Form geschlossen ab. In einer aktuellen Resolution fordert sie die Politik auf, das Projekt unter Beachtung der Bedingungen der Ärzteschaft völlig neu zu konzipieren.

Eine elektronische Gesundheitskarte könne für die deutsche Ärzteschaft nur in bestimmter Form von Nutzen sein, heißt es in dem Schreiben: "Sie muss von Anfang an wirklichen medizinischen Nutzen haben und darf die Handlungsabläufe in Klinik und Praxis nicht verkomplizieren. Weder Ärzte noch Patienten haben etwas von einer E-Card, die im Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen vorerst keine Speicherfunktion für Untersuchungsergebnisse und Krankengeschichte hat", unterstreicht der Landesverband. Ebenso wenig seien Sicherungsprozesse sinnvoll, deren Anwendung alle Einsparungen an Bürokratie wieder wettmachten.

Die Datenhoheit des Patienten müsse unter allen Umständen unantastbar bleiben, nicht nur rechtlich sondern auch physisch. "Ein zentralserverbasiertes System wie das geplante weckt viele Begehrlichkeiten. Selbst wenn es möglich wäre, es vor dem Zugriff Unbefugter effektiv zu schützen, was zumindest zurzeit noch ein völlig ungelöstes Problem darstellt, ist auch die Möglichkeit nachträglich legalisierter Zugriffe für die Ärzteschaft inakzeptabel", ist in der Resolution zu lesen. Es gebe keine Garantie, dass nicht zum Beispiel zukünftig Kassen zum gezielten "Management" ihrer Mitglieder Zugang zu deren intimen Daten erhielten. "Es ist dem Arzt-Patienten-Verhältnis nicht zuzumuten, bereits heute Daten zu sammeln, die später so missbraucht werden könnten."

Die Einführung müsse außerdem für Praxen und Krankenhäuser kostenneutral erfolgen. Die Höhe der durch die Gesundheitskarte zu erzielenden Kostenersparnis sei derzeit kaum berechenbar. "Die Gematik eG geht von einer positiven Bilanz erst in einer Zehn-Jahres-Betrachtung aus. Selbst dann werden die Einsparungen voraussichtlich zum allergrößten Teil den Krankenkassen zugute kommen, während ein Großteil der Gestehungs- und Betriebskosten des Systems den Ärzten überlassen bleiben soll. Diese haben auch nach zehn Jahren nach derselben Prognose keine Chance auf eine positive Kostenbilanz, sondern einen Verlust im Milliardenbereich."

Auf der Delegiertenversammlung kam auch das Thema neuer EBM zur Sprache: Die Versammlung forderte in einer weiteren Resolution "bei der Neugestaltung des EBM zur Umstellung auf eine Euro-Gebührenordnung zur Behebung der bisherigen verwirrenden und arbeitsbelastenden EBM-Systematik mit durchgehend fünfstelligen Leistungsziffern" auf. Es müsse eine deutliche Vereinfachung der Leistungsziffern-Struktur geben. "Dabei soll die alte und bewährte maximal dreistellige Ziffernsystematik wieder hergestellt werden, aufsteigend beginnend mit der Ziffer 1", heißt es in dem Schreiben.

© änd Ärztenachrichtendienst Verlagsgesellschaft mbH